

BREXITNEWS

Aktuelle Informationen zum Austritt des
Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000
Redaktion: Mathias Dubbert | E-Mail: dubbert.mathias@dihk.de | www.dihk.de

Januar 2018

Eine knappe Mehrheit der britischen Wähler hat sich im Juni 2016 für den Austritt aus der EU entschieden. Angesichts der tiefgreifenden Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft bündelt der DIHK für Sie mit einem monatlichen DIHK Brexit-Newsletter relevante Informationen.

Thema des Monats	2
Brexit: Gefahr für den Finanzplatz London oder auch für deutsche Unternehmen?	2
Wichtige Entwicklungen	3
Die Verhandlungen im Jahr 2018: Wie geht es weiter?	3
Rat einigt sich auf Regelungen zur Übergangsphase	3
Tusk und Juncker heißen Großbritannien willkommen	3
Weniger Sitze im Europäischen Parlament	4
Großbritannien hofft auf umfassendes Handelsabkommen	4
Britische Industrie für Zollunion	4
Großbritannien auf der Suche nach Handelspartnern	4
DIHK berechnet Zollaufwand nach dem Brexit	5
Umstellung des britischen Zollsystems bereitet Sorgen	5
EU-Datenzentrum siedelt nach Spanien um	5
Austritt der Briten verursacht Loch im EU-Haushalt	5
Diskussionen über ein zweites Referendum in Großbritannien halten an	6
Erneute Diskussionen über die Kosten des Brexit für Großbritannien	6
Eine Briefmarke für den Brexit	6
Hintergrundmaterial	7
Umzug kostet Banken eine halbe Milliarde Euro	7
Auswirkungen des Brexit unterscheiden sich innerhalb der EU erheblich	7
Automobilsektor unter Druck: Umsatzrückgänge durch Brexit zu erwarten	7
Deutscher Automobilsektor: 14.000 Jobs in Gefahr	7
Großbritannien steht verringertem Wirtschaftswachstum gegenüber	8
Ressourcen	8
Volkswirtschaftliche Kennzahlen Großbritannien	9

Thema des Monats

Brexit: Gefahr für den Finanzplatz London oder auch für deutsche Unternehmen?

Die Auswirkungen des Brexit hängen maßgeblich von der Ausgestaltung der ökonomischen Beziehungen und eines möglichen Handels- und Investitionsabkommens zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union ab. In dem wahrscheinlichen Fall, dass Großbritannien den Europäischen Binnenmarkt verlässt, wird das Angebot und der Handel von Finanzdienstleistungen stark beeinflusst. Denn der Finanzplatz London ist bisher von großer Relevanz für die EU. Zukünftig wird er außerhalb der EU liegen. Damit ändern sich viele rechtliche Rahmenbedingungen, insbesondere für die britischen Finanzdienstleister.

Zunächst einmal spielen die direkten Kredite von britischen Banken für deutsche Unternehmen eine untergeordnete Rolle. Deshalb sehen Experten keine gravierenden Engpässe, jedenfalls für das Neugeschäft. Die Auswirkungen auf die Zinsen dürften marginal sein. Zudem verlagern britische Banken ihr Geschäft auf den Kontinent, damit sie mit einem Standbein in der EU die Vorteile des Binnenmarkts nutzen können. Das Interesse am Finanzplatz Frankfurt ist groß. Beim Altgeschäft könnte es im Zweifelsfall Probleme geben, zum Beispiel bei der Umwandlung von Krediten. Die Unternehmen aus der EU-27 sollten deshalb ihre Geschäftsbeziehungen mit britischen Banken unter die Lupe nehmen, um Risiken aus dem Weg zu gehen und gegebenenfalls ihre Finanzierung frühzeitig umzustrukturieren.

Kritischer sieht es bei vielen Finanzprodukten aus, bei denen der Finanzplatz London seit Jahrzehnten führend ist. Bisher ungeklärte Fragen in den Gebieten des Derivatehandels, der Clearingaktivitäten und des Datenschutzes sorgen derzeit für Unsicherheit. Das könnte auch negative Konsequenzen für europäische Firmen haben. Aktuell werden rund 90 Prozent der in Euro gehandelten Derivate, vor allem Zinsderivate und Währungsswaps, in London gehandelt. Wenn das Vereinigte Königreich aus EU-Sicht nur noch ein Drittstaat ist, sind beispielsweise bei der Abwicklung der Geschäfte über Clearingstellen die gegenüberstehenden Banken dazu verpflichtet, deutlich mehr Eigenkapital zur Risikovorsorge vorzuhalten. Eine höhere Eigenmittelbindung bei den Banken verkleinert den Spielraum für Kreditausreichungen und erhöht zugleich die Finanzierungskosten der Unternehmen.

London gilt seit Jahrzehnten als zentrale und sehr effiziente Schnittstelle für die Bereitstellung und den Handel jeglicher Finanzprodukte. Insgesamt wird der Brexit deshalb voraussichtlich zunächst zu weniger effizienten und kostenintensiveren Finanzmärkten führen. Aus Sicht der Realwirtschaft könnten über den 29. März 2019 hinausgehende Verträge ein Problem werden. Deshalb ist allen Unternehmen eine Bestandsaufnahme zu empfehlen, die unter Umständen in Vertragsanpassungen münden können. Gleiches gilt für Versicherungsverträge, deren Laufzeit über 2019 hinausgeht.

Die Auswirkungen des Brexit auf die Finanzierung deutscher Unternehmen sind vielfältig und die Betroffenheit sehr unterschiedlich. Die Unternehmen sollten sich nicht auf einvernehmliche Lösungen zwischen der EU-27 und dem Vereinigten Königreich verlassen und jetzt ihre Betroffenheit prüfen, um durch Anpassung ihrer Geschäftsbeziehungen den Kalamitäten weitestgehend aus dem Weg zu gehen.

Wichtige Entwicklungen

Die Verhandlungen im Jahr 2018: Wie geht es weiter?

Der Abschluss der ersten Verhandlungsphase wurde mit den Leitlinien des Europäischen Rates über mögliche Übergangsregelungen auf dem EU-Ratsgipfel am **15. Dezember** festgesetzt. Die ersten konkreten Gespräche zur Übergangsphase werden nach dem Treffen des Rats für Allgemeine Angelegenheiten am **29. Januar** erwartet. Auf der Sitzung wird das Mandat für den Chefverhandler der EU, Michel Barnier, finalisiert, Ergebnis werden die sog. Verhandlungsrichtlinien für die Übergangsregelungen sein. Zeitgleich sollen am **30. Januar** die EU-internen Gespräche über die Rolle von Finanzdienstleistungen in den zukünftigen Beziehungen stattfinden, und damit das erste Mal eine gemeinsame Position der EU diskutieren. Im **Februar** wird die nun dritte große Brexit-Rede von der britischen Premierministerin Theresa May erwartet. Auf dem EU-Ratsgipfel am **22. und 23. März** sollen abschließend die sog. Leitlinien zum Rahmen für die künftigen Beziehungen angenommen werden. Im **April** werden entsprechend die Vorstellungen Großbritanniens zu den zukünftigen Beziehungen erwartet. Bis spätestens **Ende Oktober** soll dann der Vorschlag über das Austrittsabkommen der Chefverhandler dem Europäischen Rat vorliegen, bevor es zur Ratifizierung in alle 28 nationalen Parlamente übertragen wird.

Rat einigt sich auf Regelungen zur Übergangsphase

Der Rat für Allgemeine Angelegenheit verabschiedete am 29. Januar im EU27-Format [ergänzende Verhandlungsrichtlinien](#) zur Übergangsphase für die Brexit-Verhandlungen. Diese Richtlinien dienen als Mandat für die Kommission, die Verhandlungsführerin der EU, um die nächste Phase der Verhandlungen mit Großbritannien zu beginnen. Die verbleibenden Mitgliedsstaaten einigten sich auf gemeinsame Positionen zur Übergangsphase. Dies umfasst die vollständige Geltung des EU Rechtsbestandes sowie der Rechtsaufsicht durch europäische Institutionen für das Vereinigte Königreich während der Übergangsphase. Zudem soll Großbritannien weiterhin von der Zollunion und dem Europäischen Binnenmarkt profitieren. Eine Teilnahme in den EU-Institutionen und der Entscheidungsfindung schloss der Rat jedoch aus, des Weiteren soll Großbritannien keine eigenen internationalen Abkommen in der Übergangsphase abschließen können. Der Rat terminierte das Ende der Übergangsphase auf den 31. Dezember 2020.

Tusk und Juncker heißen Großbritannien willkommen

Ratspräsident [Donald Tusk](#) richtete sich am 16. Januar bei einer Sitzung des Europaparlaments erneut an die britische Regierung: Sollten die Briten ihre Meinung zum Austritt ändern, so seien "unsere Herzen weiter offen für Sie". Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker fügte hinzu, dass Großbritannien unverändert in der Europäischen Gemeinschaft willkommen sei. Nach ihrem Austritt bestehe jederzeit die Möglichkeit, der EU aufs Neue beizutreten. Grundlage dafür ist Artikel 49 des Vertrags von Lissabon, der es Staaten ermöglicht, Beitrittsverhandlungen mit der Union aufzunehmen.

Weniger Sitze im Europäischen Parlament

Am 23. Januar stimmte der Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments über einen [Vorschlag](#) ab, der die zukünftige Sitzverteilung im Parlament nach dem Austritt Großbritanniens regeln soll. Das Vereinigte Königreich besitzt derzeit 73 Sitze im Parlament, von denen 46 vollständig aufgegeben werden, so der Ausschuss. Das Parlament verkleinert sich demnach von insgesamt 751 auf 705 Sitze. Die übrigen 27 freien Sitze sollen umverteilt werden und damit Ungleichheiten in der derzeitigen Sitzverteilung ausgleichen. Demnach sind 5 zusätzliche Sitze für Frankreich und Spanien, jeweils drei für Italien und die Niederlande, zwei zusätzliche Plätze für Irland sowie jeweils ein Sitz für Estland, Kroatien, Finnland, die Slowakei, Rumänien, Polen, Österreich, Dänemark und Schweden vorgesehen. Das gesamte Plenum des Parlaments wird über den Vorschlag Anfang Februar abstimmen, bevor er dem Europäischen Rat vorgelegt wird.

Großbritannien hofft auf umfassendes Handelsabkommen

Bei einem [Besuch](#) des britischen Finanzministers Hammond und des Brexit-Verantwortlichen Davis am 10. Januar wurde erneut die Hoffnung der Briten auf ein umfassendes Freihandelsabkommen mit der EU deutlich, das insbesondere die für die britische Wirtschaft bedeutenden Finanzdienstleistungen umfasst. Chefunterhändler für die EU, Michel Barnier, erteilte den britischen Vorstellungen in einer [Rede](#) zu Beginn des Jahres vor belgischen Unternehmern erneut eine deutliche Abfuhr. Finanzdienstleistungen werden nicht Teil eines möglichen Handelsabkommens sein, so Barnier. „Wir wollen einfach selbst verantwortlich für unsere eigenen Regeln und der Art ihrer Anwendung sein“, betonte er.

Britische Industrie für Zollunion

Der [Verband der britischen Industrie \(CBI\)](#) rief Mitte Januar Theresa Mays Kabinett dazu auf, ein Übergangsabkommen innerhalb der nächsten 70 Tage zu erreichen, ein gemeinsame Auffassung über die zukünftigen Beziehungen bis April zu erarbeiten und eindeutige Richtlinien über ein zukünftiges Handelsabkommen bis Oktober festzulegen. Die Vorsitzende des Verbandes, Carolyn Fairbairn, machte deutlich, dass die Zollunion von immenser Bedeutung für die britischen Unternehmen sei. Weder ein Abkommen nach Vorbild Kanadas, welches Dienstleistungshandel nur lückenhaft umfasst, noch ein Abkommen als Norwegen-Modell, das zu wenig Kontrolle über Migrationsströme, hohe Beitragszahlungen und eine zu geringe Würdigung des Referendums bedeuten würde, sei aus Sicht des CBI zu befürworten.

Großbritannien auf der Suche nach Handelspartnern

Die Briten interessieren sich für einen [Beitritt](#) zum Transpazifischen Freihandelsabkommen TPP, das mit Staaten wie Japan, Australien, Kanada und Mexiko bisher nur Pazifikanrainer umfasst, um damit die wirtschaftlichen Folgen des Austritts aus dem europäischen Binnenmarkt einzudämmen. Den ersten informellen Gesprächen mit Großbritannien folgten bisher allerdings nur verhaltene Reaktionen. Auch bei einem möglichen Beitritt der Briten zu TPP könnte dies bei weitem nicht die Bedeutung der EU für die britische Exportwirtschaft ausgleichen: Derzeit gehen lediglich acht Prozent der Exporte in die elf TPP-Länder. Als Vergleich:

allein elf Prozent der Ausfuhren von der Insel gehen derzeit nach Deutschland. Bis Großbritannien die Europäische Union im März 2019 verlässt, darf jedoch nach geltenden EU-Regeln kein neues Handelsabkommen vereinbart werden.

DIHK berechnet Zollaufwand nach dem Brexit

Der [DIHK](#) geht nach eigenen Berechnungen zu Beginn des Jahres von 15 Millionen neuen Zollanmeldungen für Exporte deutscher Firmen nach dem Brexit aus. "Echten freien Warenhandel gibt es nur im Binnenmarkt. Nach dem Brexit wird der Aufwand für den bilateralen Handel mit Großbritannien deshalb auf jeden Fall zunehmen – egal, ob in einem Freihandelsabkommen oder nur nach Regeln der WTO", so DIHK-Präsident Eric Schweitzer. Jährlich werden sich die Mehrkosten für deutsche Exporteure auf 200 Millionen Euro belaufen, sogar im Falle eines möglichen Freihandelsabkommens. Diese Einschätzung teilt auch die Bundesregierung.

Umstellung des britischen Zollsystems bereitet Sorgen

Die bereits vor dem Austrittsreferendum angestoßene Umstellung des bisherigen IT-Systems des britischen Zolls auf eine neue Software ist noch in vollem Gange, so ein [Bericht](#) der Germany Trade and Invest. Erklärtes Ziel Großbritanniens ist es, trotz zukünftig notwendiger Zollformalitäten einen möglichst reibungslosen Warenverkehr zu ermöglichen. Gleichwohl gesteht die britische Regierung ein, dass zusätzliche Kosten und ein höherer Verwaltungsaufwand nicht gänzlich verhindert werden können, insbesondere wenn das neue System des britischen Zolls nicht vollständig arbeitsbereit sein sollte. Der französische Zoll stellte in der ersten Januarhälfte zusätzlich [95 Zollbeamte](#) ein – und möchte die Zahl im Jahr 2018 auf insgesamt 250 Angestellte erhöhen. Damit reagiert Frankreich auf die immer realistischer werdende Herausforderung, dass Zollkontrollen im Warenhandel im Zuge des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union wieder relevant werden.

EU-Datenzentrum siedelt nach Spanien um

Die Europäische Kommission verkündete in einer [Mitteilung](#) vom 09. Januar, dass das Vereinigte Königreich mit seinem Austritt im März 2019, vorbehaltlich eines anderslautenden Datums in einem Austrittsabkommen, als „Drittland“ im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) einzustufen ist. Großbritannien und Nordirland sind datenschutzrechtlich damit so zu behandeln wie die USA, Russland oder China. In der Folge begann in der zweiten Januarhälfte bereits die Umsiedlung eines [Datenzentrums](#), welches Militärintegrationen des EU-Satellitenprogramms Galileo sammelt und schützt, aus Großbritannien nach Spanien. Das Datenzentrum ist die dritte Einrichtung, die aus dem Vereinigten Königreich im Zuge des Brexit umziehen muss und folgt damit der Europäischen Arzneimittelagentur sowie der Europäischen Bankenaufsicht.

Austritt der Briten verursacht Loch im EU-Haushalt

Der Austritt der Briten hinterlässt ein Loch in den [Finanzen der Union](#) nach 2020, wenn die jährlichen Zahlungen Großbritanniens, einer der größten Beitragszahler in den EU-Haushalt, enden. Die Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU von 2021-2028 stehen damit vor der großen Herausforderung, wie die britischen Bruttobeiträge in Höhe

von 10 Milliarden Pfund in manchen Jahren ersetzt werden können. Die Kommission für Haushalt und Personal, die in den aufkommenden Verhandlungen federführend ist, hat bereits Vorschläge zu einer EU-weiten Plastiksteuer sowie zu höheren Gebühren für die Befreiung von der Visumpflicht für Nicht-EU-Bürger unterbreitet. Die Debatte über die zukünftigen Beiträge der verbleibenden Mitgliedsstaaten zum Haushalt, die in den kommenden Monaten beginnt, wird als besonders strittig eingeschätzt.

Diskussionen über ein zweites Referendum in Großbritannien halten an

Die im Januar veröffentlichte Umfrage des [Mile End Institute](#) der Queen Mary Universität in London zeigt, dass sich eine große Anzahl der britischen Parteimitglieder für ein zweites Referendum über das Abkommen Großbritanniens mit der EU ausspricht. 78 Prozent der Mitglieder der Labour Partei, 91 Prozent der Liberalen Demokraten und 87 Prozent der Schottischen Nationalpartei würden sich ein zweites Referendum wünschen. Lediglich 14 Prozent der Mitglieder der Konservativen Partei sprachen sich demnach für ein zweites Referendum aus. Der ehemalige britische Premierminister Tony Blair unterstützt ebenso eine zweite Abstimmung über das finale Abkommen. Die amtierende Premierministerin, Theresa May, erteilte einer erneuten Abstimmung eine deutliche Absage.

Erneute Diskussionen über die Kosten des Brexit für Großbritannien

[Boris Johnson](#) hat die Kosten, die Großbritannien durch den Austritt aus der EU wöchentlich einsparen kann, erneut geändert. Seine Wahlwerbung auf den Bussen für die „Leave“-Kampagne im Vorfeld des Referendums enthielt einen Fehler, so Johnson, die Summe hätte tatsächlich noch höher beziffert werden müssen. Die plakatierten 350 Millionen Pfund wöchentlich hätten in den Jahren 2017/18 bereits zugenommen und würden jährlich auf 410 Millionen, 431 Millionen und schließlich 438 Millionen Pfund pro Woche für 2020/21 ansteigen. Einige Berichte, unter anderem durch das unabhängige britische Institut [fullfact](#), widerlegten Johnsons Behauptung postwendend. Tatsächlich werden die Zahlungen Großbritanniens an die EU, unter Berücksichtigung des Briten-Rabatts und der Rückflüsse aus EU-Förderprogrammen, als weitaus geringer eingeschätzt.

Eine Briefmarke für den Brexit

Der britische Außenminister Boris Johnson fordert eine Brexit-Briefmarke. „Wir brauchen Briefmarken für dieses fröhliche, bedeutsame Ereignis“, sagte Johnson der britischen Boulevardzeitung [The Sun](#) zufolge. Zur anstehenden Hochzeit zwischen Prinz Harry und Meghan Markle am 19. Mai seien schließlich auch Briefmarken geplant, so Johnson. „Wir haben Briefmarken, die an nationale Ereignisse erinnern“ und der EU-Austritt sei das „größte in Jahrzehnten“. Die zuständige Staatssekretärin für das Postwesen, Margot James, wies die Forderung dem Bericht zufolge zurück. Der EU-Austritt sei eine umstrittene Angelegenheit. Das sei beim Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften im Jahr 1973 anders gewesen. Damals hatte es eine Briefmarke gegeben.

Hintergrundmaterial

Umzug kostet Banken eine halbe Milliarde Euro

Bereits zu Beginn des letzten Jahres begannen einige der weltweit größten Banken als Reaktion auf den Austritt Großbritanniens, ihr Geschäft auf den europäischen Kontinent zu verlegen. Der Umzug wird die Banken einiges kosten – eine [halbe Milliarde Euro](#) könnte je Bank fällig werden. Citigroup, Morgan Stanley und Goldman Sachs haben sich bisher zu einer Verlagerung ihres Geschäfts nach Frankfurt bekannt und könnten somit in dem deutschen Finanzzentrum in den nächsten Jahren Zehntausende neuer Jobs schaffen. Derzeit unterhalten unzählige außereuropäische Banken aus den USA und Asien ihren europäischen Hauptsitz in London, mit welchem sie nach dem Ausscheiden Großbritanniens aus dem europäischen Binnenmarkt im März 2019 den Zugang zu ihren Kunden innerhalb der EU verlieren werden.

Auswirkungen des Brexit unterscheiden sich innerhalb der EU erheblich

Ein bisher noch nicht veröffentlichter [Bericht](#) des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) stellt die Auswirkungen des Austritts Großbritanniens aus dem europäischen Wirtschaftsraum auf die einzelnen Mitgliedsstaaten der Union vor und lässt dabei maßgebliche Unterschiede zu Tage treten. Während einige Regionen erhebliche Kosten fürchten, seien andere weniger anfällig für die eintretenden Veränderungen. Laut AdR werden die Anrainerstaaten an Großbritannien am meisten unter dem Austritt Großbritanniens leiden. Insbesondere die irische Wirtschaft, die tiefe Verknüpfungen in Warenhandel und Energiewirtschaft mit dem Vereinigten Königreich verbindet, hat mit negativen Folgen zu rechnen. So wird der Austritt Großbritanniens aus der Gemeinsamen Fischereipolitik der EU zur Rückerlangung maßgeblicher Kontrollrechte über die britischen Küstengewässer führen. Spanien, vor allem die Balearen, Griechenland und Zypern erwarten Ausfällen bei den Tourismuseinnahmen. Polen wiederum erwartet positive Effekte aus dem britische Austritt. Polnische Fachkräfte, die aus Großbritannien in ihre Heimat zurückkehren werden, gelten als talentiertes Humankapital für aufstrebende Unternehmen und stimulieren gleichzeitig regionalen Konsum.

Automobilsektor unter Druck: Umsatzrückgänge durch Brexit zu erwarten

Neuwagenverkäufe in Großbritannien verzeichneten im Jahr 2017 ihren größten Einbruch seit 2009 mit einem Rückgang von 5,7 Prozent, so der britische Verband für Kraftfahrzeughersteller und -händler ([SMMT](#)). Grund dafür sei neben Unsicherheiten über potentielle Diesel-Gebühren insbesondere das schwache Konsumentenvertrauen seit dem Brexit. Ein weiterer Rückgang der Erstzulassungen um 7 Prozent werde für das Jahr 2018 erwartet. Nach dem Austritt Großbritanniens aus dem europäischen Binnenmarkt im März 2019 drohen KFZ-Zölle bis zu einer Höhe von 10 Prozent. Die heimischen Automobilabsätze gelten seit Jahren als führender Indikator für die britische Wirtschaftsleistung.

Deutscher Automobilsektor: 14.000 Jobs in Gefahr

Ein Scheitern der Brexit-Gespräche könnte allein bei Deutschlands Automobilzulieferern 14.000 Jobs in Gefahr bringen, so die Unternehmensberatung [Deloitte](#) vor zwei Wochen. Demnach müsste die Branche im Falle eines unregulierten EU-Austritts Großbritanniens im März 2019 mit Umsatzausfällen von bis zu 3,8 Milliarden Euro, also insgesamt einem Rückgang um

23 Prozent von 16,4 auf 12,6 Milliarden Euro, rechnen. Grund dafür sei die starke Verflechtung deutscher Zulieferer mit britischen und anderen europäischen Automobilproduzenten, heißt es in dem Bericht. Jedes fünfte in Großbritannien verbaute Automobilteil stamme aus deutscher Produktion.

Großbritannien steht verringertem Wirtschaftswachstum gegenüber

Eine Studie der Unternehmensberatung [Cambridge Econometrics](#), die von Londons Bürgermeister Sadiq Khan in der ersten Januarhälfte veröffentlicht wurde, bringt neue Einsichten über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Austritts Großbritanniens aus der EU vor. Der Bericht betrachtet Schlüsselindikatoren auf regionaler Ebene und unterteilt seine Betrachtungen in fünf Szenarien, beginnend mit dem Verbleib Großbritanniens im Binnenmarkt und der Zollunion bis hin zum Ausgang der Verhandlungen ohne Abkommen, in dem das Vereinigte Königreich auf WTO-Regeln zurückfallen würde. Die Ergebnisse zeigen, dass der Brexit nicht nur die Größe der britischen Volkswirtschaft reduziert – im Jahr 2030 von einem Prozent im besten Fall bis zu drei Prozent bei Greifen der WTO-Regeln -, sondern auch ein langsames Langzeitwachstum verursachen wird.

Ressourcen

Informationen direkt aus London erhalten Sie auch auf der Homepage der [Deutsch-Britischen AHK](#).

Weitere Informationen finden Sie beim [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#):

Brexit-Hotline: 030-340 6065 61, E-Mail: brexit@buergerservice.bund.de

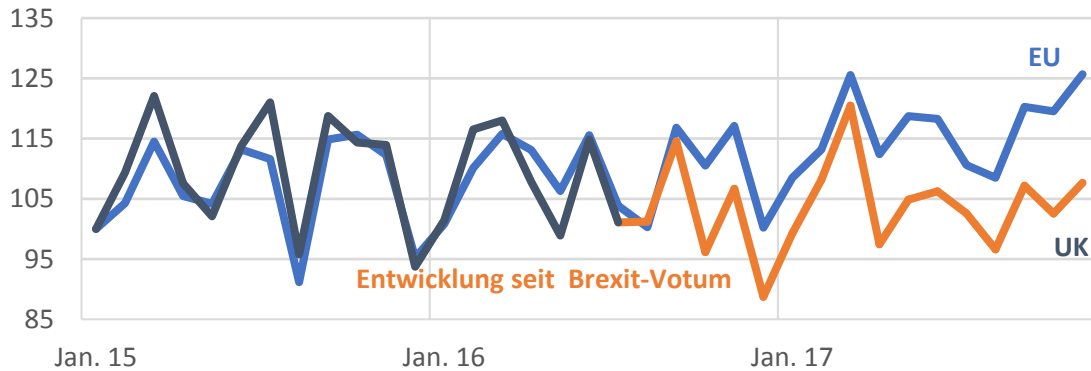
Das könnte Sie auch interessieren – DIHK Trade News:

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/trade-news>

Volkswirtschaftliche Kennzahlen Großbritannien

Deutsche Ausfuhren nach Großbritannien

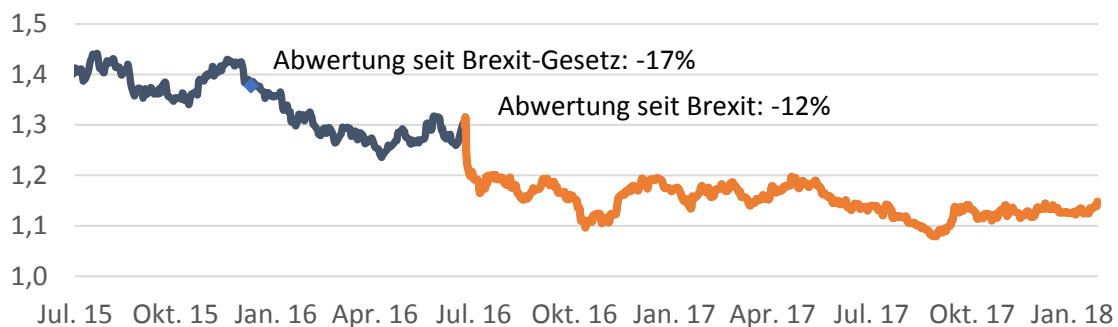
(01/15=100, Monatswerte; Quelle: DeStatis, eigene Berechnungen)



DIHK-Kommentar: Die deutschen Exporte nach Großbritannien sind 2017 um 2% gesunken (Januar bis November 2017 ggü. Vorjahreszeitraum). Dem steht ein Plus von ca. 6% bei den deutschen Exporten in die EU insgesamt gegenüber. 2016 hatte es einen Rückgang der Ausfuhren nach Großbritannien von 3% gegeben. Allein die Ausfuhren deutscher Maschinenbauer sanken in den ersten neun Monaten 2017 um 4,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Wechselkurs Pfund - Euro

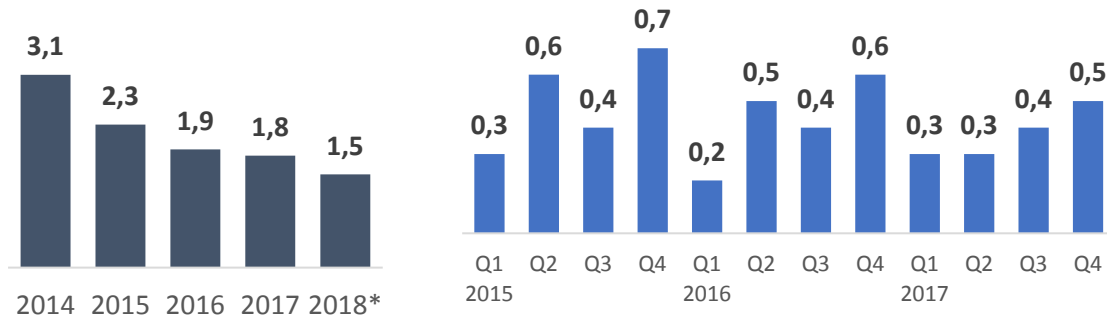
(Quelle: finanzen.net; Stand: 25.01.18)



DIHK-Kommentar: Die Unsicherheiten um den weiteren Verlauf der Brexitverhandlungen belasten den Pfundkurs weiterhin. Dies verteuert Importprodukte und führt zu höheren Einkaufspreisen für Unternehmen in Großbritannien sowie zu weniger Konsumspielräumen für Verbraucher. Gleichzeitig werden britische Exportprodukte günstiger und damit preislich wettbewerbsfähiger.

Bruttoinlandsprodukt Großbritannien

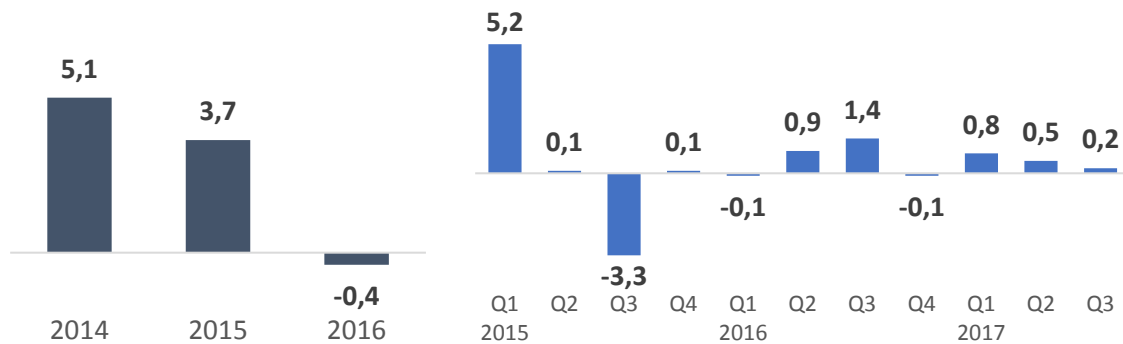
(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %; saison- und preisbereinigt; Quelle: [Office for National Statistics UK](#); *IWF-Prognose)



DIHK-Kommentar: Das Wachstum der britischen Volkswirtschaft fiel 2017 mit 1,8% deutlich geringer aus als in Deutschland (2,5% kalenderbereinigt). Auch in diesem Jahr dürfte das BIP in Großbritannien mit weiterhin 1,5% unterdurchschnittlich wachsen (IWF-Prognose für die EU: 2,1% in 2018).

Gewerbliche Investitionen Großbritannien

(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %, saison- und preisbereinigt; Quelle: [Office for National Statistics UK](#))



DIHK-Kommentar: Die gewerblichen Investitionen entwickeln sich nach dem Rückgang im 2016 weiter verhalten. Die Brexit-Verhandlungen stellen einen großen Unsicherheitsfaktor aus Sicht der Unternehmen dar.